Vorlage, DS-Nr. 2021/1039

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	24.08.2021			

Betreff: Prüfung der Lärmreduktion durch Einsatz von Akku-Geräten
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10. August 2021

Beschlussentwurf:

Der HFA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Auswirkungen auf den Haushalt:

nein

Sachdarstellung:

Zu den aufgeworfenen Fragen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu a):

Im Baubetriebs- und Friedhofsamt wird bereits aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen bei der Beschaffung von Kleingeräten darauf geachtet, geeignete geräusch- und vibrationsarme Geräte zu beschaffen; Lärm- und Vibrationswerte werden im Rahmen der Beschaffung abgefragt und bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Angebote entsprechend berücksichtigt.

Das Amt für Umwelt und Klimaschutz und das Zentrale Gebäudemanagement geben den ausführenden Firmen im Rahmen der Ausschreibung Verhaltensweisen vor, die die Nutzung nicht geräuscharmer Geräte einschränken. So sind Belästigungen von Anwohnern und Passanten im Baustellenbereich durch Lärm, Geräusche, Staubentwicklung und Ähnliches auf ein unvermeidbares Mindestmaß zu beschränken. Bei kleineren Mengen sind die Firmen angehalten, den Besen in die Hand zu nehmen.

Auch wird der Einsatz von Laubbläsern nur dort vorgesehen, wo große Mengen Laub oder Wildkräuter anfallen. Eine ausreichende Leistungsfähigkeit ist bei großen Mengen an Laub, Schnittgut, etc. bei Akkugeräten nicht gegeben. Rasenflächen im Herbst bei starkem Laubaufkommen können nicht mit Akku-Geräten gereinigt werden. Das wäre zwar per Hand möglich, würde aber zu erheblich höheren Kosten führen.

Beim Einsatz von Laubblasgeräten im Herbst wird daher weiterhin mit leistungsstärkeren, benzinbetriebenen Geräten gearbeitet, da aktuell keine geeigneten akkubetriebenen Geräte auf dem Markt sind. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass es sich beim Einsatz von Laubblasgeräten immer um punktuelle Wanderbaustellen handelt, so dass die Lärmbelastigung durch die Geräte zeitlich begrenzt ist. Die Taktung der Arbeitsgänge variiert natürlich, da sich durch Laubfall im Herbst die Anzahl der Reinigungsdurchgänge erhöht. Dies ist aber aus versicherungstechnischer Sicht auf Grund steigender Unfallgefahr erforderlich.

Auch der Einsatz von Akkugeräten wie Freischneider, Motorheckenschere, Motorsägen, Rasenmäher, etc. scheitert häufig an der fehlenden Leistungsfähigkeit:

In Einzelfällen werden Akkugeräte vorgegeben, eine generelle Vorgabe für die ausführenden Firmen würde jedoch auch hier zu deutlich höheren Kosten in der Pflege führen und damit die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme einschränken.

Zu b):

Bereits seit ca. 2015 sind im Baubetriebs- und Friedhofsamt akkubetriebene und damit leisere Kleingeräte im Einsatz, um eine Lärmbelastigung zu vermeiden. Bei der **Ersatzbeschaffung** von Geräten wird geprüft, ob akkubetriebene Alternativen zu den herkömmlichen Geräten angeboten werden. Derzeit sind ca. 20 % der eingesetzten Kleingeräte akkubetrieben.

Bei der **Neuanschaffung** von Kleingeräten wird seit 2015 immer darauf geachtet, dass die Geräte möglichst lärm- und vibrationsreduziert sind. Die entsprechenden Werte werden im Rahmen der Beschaffung abgefragt. Bei Neuanschaffung von Kleingeräten wird unabhängig vom Preis bei entsprechender Verfügbarkeit auf Akkugeräte umgestiegen.

Zu c):

Das LImSchG NRW enthält keine speziellen Regelungen zum Betrieb bestimmter, lärmverursachender Geräte. Hier ist lediglich allgemein die Nachtruhe geregelt (22.00 – 06.00 Uhr). Insofern ist auf die Geräte- und MaschinenlärmschutzVO (32. VO zur Durchführung des BImSchG) abzustellen. Dort gibt es weitergehende Einschränkungen der Betriebszeiten von bestimmten, im Einzelnen im Anhang der VO festgelegten Geräten (zusätzliches Betriebsverbot von 06.00 – 9.00 Uhr und von 13.00 – 15.00 Uhr, sowie ab 19.00 Uhr).

Die Schaffung freiwilliger Anreizsysteme in Form von Zuschüssen/Fördergeldern ist grundsätzlich vorstellbar, aber mit Blick auf die große Anzahl von Verwendern entsprechender Gerätemit erheblichen Kosten verbunden.

Um die lärmbedingten Belastungen weiter zu reduzieren, können die o.g. Betriebszeiten durch eine Kommune nach LImSchG eingeschränkt werden.

Die Anforderungen ergeben sich aus § 5 LImSchG NRW, s.u. Möglich sind danach weitere Einschränkungen durch **ordnungsbehördliche Verordnungen**, allerdings nur in den dort genannten, engen Voraussetzungen und nur mit Zustimmung der Bezirksregierung.

§ 5 LImSchG NRW
Ortsrechtliche Vorschriften

(1) Die Gemeinden können unter Beachtung der Ziele und Erfordernisse von Raumordnung und Landesplanung durch ordnungsbehördliche Verordnung vorschreiben, daß im Gemeindegebiet oder in Teilen des Gemeindegebietes im Hinblick auf die **besondere Schutzbedürftigkeit des Gebietes**

a) bestimmte Anlagen nicht oder nur beschränkt betrieben,

b) bestimmte Brennstoffe allgemein oder zu bestimmten Zwecken nicht verbrannt oder

c) bestimmte Tätigkeiten nicht oder nur beschränkt ausgeübt

werden dürfen, soweit und solange das zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen geboten ist.

(2) Vor dem Erlass von ordnungsbehördlichen Verordnungen im Sinne des Absatzes 1 ist den Behörden und den Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Die Entwürfe von ordnungsbehördlichen Verordnungen im Sinne des Absatzes 1 sind öffentlich auszulegen. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) ist entsprechend anzuwenden.

(4) Ordnungsbehördliche Verordnungen im Sinne des Absatzes 1 bedürfen der Zustimmung der Bezirksregierung.

Ordnungsbehördliche Verordnungen nach § 5 LImSchG NRW setzen voraus, dass das ganze Gemeindegebiet oder Teile desselben wegen der Art der Nutzung des Gebietes (z.B. als Kurgebiet, als Erholungsgebiet oder als - reines - Wohngebiet) oder wegen der hohen Immissionsbelastung eines **besonderen Schutzes** bedürfen, die Beschränkungen nach Umfang und Dauer zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen in den betroffenen Gebieten geboten sind und die Ziele und Erfordernisse von Raumordnung und Landesplanung beachtet werden (vgl. VG Köln Ur. v. 17.05.2018 – 13 K 3600/16 und VG Köln Ur. v. 17.05.2018 – 13 K 5410/15).

Insofern bedarf es vor Erlass entsprechender Verfügungen einer individuellen Prüfung, ob das fragliche Gebiet eine dieser Voraussetzungen zur Begründung eines besonderen Schutzes erfüllt.

Alexander Biber _____
Bürgermeister